

# Konzept

Zur Einführung und zum Ausbau einer **Bürgerkommune** unter Einrichtung einer **Koordinierungsstelle für ehrenamtliches Engagement** in Lampertheim

*Kommunen entwickeln sich zu Bürgerkommunen, indem sie Würdigung, Wertschätzung und Weiterbildung in einer Kultur des Ermöglichens als Grundlage der Gemeinschaft von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft anerkennen, schätzen und leben.*

Auftragsumsetzung des StVV-Beschlusses vom 10.12.2010

Vorgelegt von  
Stadt Lampertheim/ FB-40 Kultur, Jugend, Bildung und Vereine  
in Zusammenarbeit mit der Agendagruppe „Gesellschaft und Soziale Gruppen“

Lampertheim, im Juni 2011

<b>Inhaltsverzeichnis:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorbemerkung</b>	<b>3</b>
<b>2. Ehrenamtliches Engagement</b>	<b>3</b>
<b>3. Erläuterungen zur Bürgerkommune</b>	<b>4</b>
<b>4. Die Bürgerkommune in Lampertheim</b>	<b>7</b>
4.1. Wie soll die Bürgerkommune in Lampertheim aussehen?	8
4.2. Wie soll die Bürgerkommune in Lampertheim umgesetzt werden?	9
4.3. Welche Kosten sind hierfür zu erwarten?	11
<b>5. Schlussbemerkung</b>	<b>12</b>
<hr/>	
<b>6. Anhang</b> (angehängte Datei, separater Ausdruck)	<b>14</b>
6.1 StVV-Beschlussantrag vom 11.11.2010	15
6.2 StVV-Beschluss vom 12.10.2010	17
6.3 Auswahl von Informationen und Materialien zur Bürgerkommune	17
6.4 Literaturliste	31

## 1. Vorbemerkung

Diese Konzeption ist die Auftragsumsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim vom 10.12.2010. (siehe 6.1 und 6.2).

Der Entwurf teilt sich in drei Teile. Der erste Teil, befasst sich mit den Ausgangsgedanken, die die StVV-Vorlage vom 22.10.2010 begründeten, dem Begriff und den Charakteristika einer Bürgerkommune. Es wurden sehr verkürzt nur die wesentlichen Punkte herausgehoben. Weitere Informationen können dem umfangreichen Anhang, mit einer Auswahl vorhandener Literatur und einer umfangreichen ergänzenden Literaturliste entnommen werden.

Im zweiten Teil wird ein konzeptionelles Gerüst für die Bürgerkommune Lampertheim vorgestellt, inklusive eines Kommunikationsmodells. Wie beim Agendaprozess praktiziert, geht es um einen regelmäßigen Kontakt zwischen den **drei Beteiligengruppen Bürger, Verwaltung und Politik**.

Der dritte Teil wirft einen Blick auf die finanzielle Dimension zur Umsetzung der Bürgerkommune.

## 2. Ehrenamtliches Engagement

Ehrenamtliches Engagement in einer Stadt oder Gemeinde kann vielfältig sein. Es reicht von kulturellen bis sportlichen Aktivitäten über Senioren-, Kinder- und Jugendarbeit. Das bereichert das Gemeinwesen. Ehrenamtsverantwortung, das heißt die Übernahme von Funktionen innerhalb privatrechtlich organisierter Gruppen, wird immer weniger angenommen. Das Ehrenamt gibt es nach wie vor. Es wird staatlicherseits gefördert, z.B. mit einer Ehrenamts-Card. Dennoch will es nicht recht gelingen, mehr oder weitere Menschen in ehrenamtliche Aktivitäten einzubeziehen.

Diese Gedanken vorangestellt machen deutlich, dass es ausgesprochen wichtig ist, mit dem Ehrenamt sorgsam umzugehen. Ehrenamtliche sind so zu fördern, aber auch zu steuern, dass Frustrationen bei deren Aktivitäten vermieden werden. Das bedeutet konkret, durch einen Informationsaustausch untereinander wird sichergestellt, dass gleiche Ideen, gleiche Zielgruppenansprache und gleiche Ressourcennutzung ehrenamtlicher Pro-

jekte anderen bekannt werden. Bekannte Beispiele sind mangelnde Absprachen bei der Durchführung von Veranstaltungen oder thematische Überschneidungen bei der Durchführung von Projekten für das Gemeinwesen.

Überraschend dürfte die Erkenntnis sein, dass eine Vielzahl von Menschen gerne „helfen“ und „mitarbeiten“ möchten. Sie möchten eine Aufgabe übernehmen, ohne eine Bindung an einen Verein oder eine Gruppe einzugehen. Sie helfen, wenn sie können und Lust dazu haben – nicht wenn sie müssen und sie dazu verpflichtet werden. Zeitliche Bindung für eine gewisse Zeit mit kalkulierbarem Aufwand sind die Eckpunkte, die bei der Planung von freiwilliger Hilfe für den „modernen“ Menschen zählen.

Das ist eine neue Art von Ehrenamt, dessen Strukturen in Lampertheim aufgebaut werden können. Das fordert dazu auf, diesen Menschen eine Betätigung anzubieten, in der sie sich nach ihren Kompetenzen und Fähigkeiten einbringen können. Wer sollte diese Betätigungsfelder anbieten? Wie sollten diese Betätigungsfelder angeboten werden? Wie kommt Mann oder Frau zu ihrer speziellen Aufgabe? Sieht man das Ehrenamt im Zusammenhang mit den derzeit schwierigen Verhältnissen der öffentlichen Kassen, so auch der Kommunen, ist zu erkennen, dass deutliche Einschnitte im Gemeinwesen zu erwarten sind. Die Kürzung oder Streichung freiwilliger Leistungen sind die Folge, ggf. sogar Pflichtleistungen gegen erhöhte Gebühren.

## **2. Die Bürgerkommune**

In den 90er Jahren war die Modernisierungspolitik des Staates - und hier insbesondere der Kommunen – überwiegend von einer Erneuerung der organisatorischen Strukturen der Verwaltungen geprägt. Die Kommunen sahen jedoch schon bald einen Bedarf an einer verbesserten Einbettung ihrer Institutionen in die sich verändernde Gesellschaft. In die kommunale Modernisierungsdiskussion wurde der Begriff „Bürgerkommune“ ab 1998 von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), die zuvor das Konzept des „Neuen Steuerungsmodells“ für die Kommunen entwickelt hatte, eingeführt.

Über die Ausweitung der Bürgerbeteiligung sollen sowohl die Politik als auch der Bürger stärker in die Verwaltungsmodernisierung einbezogen werden. Der Bürger sollte nicht länger als Kunde angesehen werden, sondern im Vordergrund stehen. Als wesentlicher Aus-

gangspunkt für die heutige, schon relativ breite Entwicklung von Bürgerkommunen, bzw. einzelner ihrer Elemente, wird die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages angesehen. Diese Kommission legte am 3. März 2002 ihren Bericht "Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft" vor. Mit dem Bericht sollte ein Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und insgesamt zur Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft geleistet werden. Auf kommunaler Ebene favorisierte die Kommission die Bürgerkommune.

Die Enquete-Kommission gibt im Bericht vielfältige Handlungsempfehlungen, so z.B.:

- Die Verwaltungen sollen bürgerorientiert gestaltet und entbürokratisiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur als „Kunden“ betrachtet werden, sondern auch als Mitgestalter und Koproduzenten.
- Es sollen vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Empfohlen wird, die Beteiligungsrechte zu stärken und neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Das Wissen über bürgerschaftliches Engagement soll erweitert werden. Dazu empfiehlt die Kommission auch den Ausbau der Forschungsaktivitäten
- Das bürgerschaftliche Engagement soll verstetigt werden. Neue institutionelle Strukturen sollen dazu beitragen, das bürgerschaftliche Engagement dauerhaft und nachhaltig zu entwickeln" (Dr. Steinbach, mehr dazu unter Ziffer 6.3).

In dieser frühen Entwicklungsphase von 1990 an bis heute haben sich neben der weltweiten Forschungsarbeit an Universitäten auf diesem Gebiet, politische Parteien, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Petra-Kelly-Stiftung, Gewerkschaften, Hans-Böckler-Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung mit dem Netzwerk Civitas und insbesondere die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) eingehend mit der Entwicklung der Bürgerkommune auf kommunaler Ebene beschäftigt und entscheidende Anstöße gegeben. (siehe Ziffer 6.3 weiter auch 6.4)

### **Der Begriff Bürgerkommune**

Die besondere Qualität der Bürgerkommune liegt in der Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretung und direktdemokratischer Verwaltung. Es geht

um *die Ergänzung* repräsentativer Entscheidungsformen mit kooperativen Formen der Demokratie.

Mit kooperativen Formen der Demokratie sind nicht nur Formen der Mitentscheidung durch Bürgerbeteiligung an Willensbildungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen (demokratische Teilhabe) gemeint, sondern auch die Mitgestaltung von Bürgern oder Bürgergruppen an der öffentlichen Dienstleistungsproduktion (Bürgerarbeit). Diese Demokratieformen werden darüber hinaus ergänzt durch kundenorientierte und *responsive* Elemente." (Bogumil/Holtkamp, mehr dazu unter Ziffer 6.3).

### **Die Ziele der Bürgerkommune als Stichpunkte:**

1. Akzeptanz: höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten
2. Demokratisierung: stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie
3. Solidarität: Stärkung der Unterstützungsnetzwerke der Bürger
4. Effizienz: Entlastung der kommunalen Haushalte
5. Effektivität: bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen.

Die jeweils dominante Zielperspektive korrespondiert mit den jeweiligen Akteursgruppen (z.B. Verwaltung, Kommunalpolitik, Bürgermeister) und den unterschiedlichen Bedingungen vor Ort (Gemeindegröße, lokale politische Kultur).

Hier einige Auszüge aus verschiedenen Leitbildern und Konzepten von Bürgerkommunen:

#### Leitfaden Potsdam:

*„Bürgerkommune steht für eine Kommune, in der sich Bürgerinnen und Bürger als Teilhabe am Gemeinwesen verstehen und für die Entwicklung ihrer Stadt interessieren und einsetzen. Sie bringen sich in Entscheidungen ein und helfen bei der Aufrechterhaltung, Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt mit....Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in wesentlichen Entscheidungen wird durch einen fortlaufenden Beteiligungsprozess gesichert.*

Dr. rer.pol., Helmut Klages

Dipl.-Volkswirt, Professor für empirische Sozialwissenschaften, insbes. Soziologie (Organisations- und Verwaltungssoziologie)  
an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

*Kommunen „erklären sich regelrecht zu „Bürgerkommunen“ womit sie.....zum Ausdruck bringen wollten, dass sie der Förderung der lokalen Bürgerbeteiligung eine hohe Bedeutung zubilligten.“*

Der Charakter einer Bürgerkommune bezieht sich vor allem auf die Potentiale der Bürgerschaft. Durch entsprechende Unterstützungsstrukturen und -formen sollen diese Potentiale vermehrt genutzt und aktiviert werden. Die Kommune soll hierbei Aktivierungs- und Unterstützungsfunktionen wahrnehmen.

#### **4. Die Bürgerkommune in Lampertheim**

Hier setzt der Gedanke an, ehrenamtliches Engagement gemeinsam mit der Stadtverwaltung, der Politik und das ehrenamtliche Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu kombinieren. Einschnitte in kommunale Leistungsangebote könnten dadurch verringert werden. Die bürgerorientierte Kommune, das heißt die (gezielte) Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen einer Gemeinde/Stadt, stellt eine erweiterte Form des Ehrenamts dar. Gemeinsam verabredet, gemeinsam umgesetzt, zum Erhalt des Leistungsangebots und zur Vermeidung unnötiger Kosten, trägt dieser Ansatz zur Verbesserung des Gemeinwesens bei.

Eine solche Förderung (Initiativkompetenz für Projekte) bzw. Steuerung ehrenamtlicher Aktivitäten (Sachstand über Projekte innerhalb der Gemeinde/Stadt) bringt Vorteile für das Ehrenamt/die Freiwilligenhilfe und die Gemeinde.

Der regelmäßig damit zusammenhängende Arbeitsaufwand kann in einer zentralen Anlaufstelle – die möglichst professionell und regelmäßig besetzt ist – erledigt, die erforderliche Ansprechbarkeit sichergestellt und die Neutralität allen gegenüber gewährleistet werden. Die Gemeinde- oder Stadtverwaltung als Amtswalter für das Gemeinwesen ist dazu mit eigenen Kompetenzen in aller Regel versehen.

In Lampertheim führten diese Erkenntnisse zu einer Aktion von „Ehrenamtlern“, die durch die Ansprache der Verantwortlichen der Stadtverwaltung, allen voran Herrn Bürgermeister Erich Maier, als auch der Fraktionsvorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Parteien, einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung herbeiführten, ein Konzept für die Bürgerkommune in Lampertheim vorzulegen.

Ziel der Bürgerkommune ist es, die Bürger mehr am Gemeinwesen und an kommunalen Entscheidungen teilhaben und teilnehmen zu lassen. So kann einer Individualisierung entgegengewirkt und eine „ergänzte“ soziale Stadt entwickelt werden. Gleichzeitig erhalten die politisch Verantwortlichen eine erweiterte Entscheidungsgrundlage.

In Lampertheim werden bereits heute einige Elemente einer Bürgerkommune praktiziert. Das ist die Basis, auf der aufgesetzt werden kann. Diese Ausgangslage ermöglicht mit einfachen Mitteln und geringem Aufwand, die Bürgerkommune auch in Lampertheim zu etablieren. Mit einer Festschreibung dieser Absicht und Einrichtung der erforderlichen Strukturen, wird für bürgerschaftliches Engagement der Weg geebnet, soziales Engagement zu fördern und kommunales Gemeinwesen zu stärken.

#### **4.1. Wie soll die Bürgerkommune in Lampertheim aussehen?**

Grundsätzlich sind über bürgerorientierte Projekte, wie z.B. Freiwilligentag, Anerkennungsveranstaltung für Ehrenamtliche sowie Weiterbildungsprogramme für Ehrenamtliche schon erste Kontakte zur Metropolregion Rhein-Neckar geknüpft worden, die sich als regional übergeordneter Partner schon seit längerem mit dem Thema Bürgerkommune beschäftigt. Hier bietet es sich an, den Kontakt zu intensivieren und weitere Impulse in das lokale Umfeld zu transportieren.

Neben der Fortführung der oben aufgeführten Aktivitäten ist es augenscheinlich, dass die Weiterentwicklung zu einer Bürgerkommune Lampertheim eines organisatorischen und instrumentellen Aufbaus bedarf, der folgende Aufgabenstellungen erfüllen sollte:

- **Steuerungszentrum:** Eine nichtöffentliche gemeinsame Runde von Politik und Verwaltung, wie die Beteiligung und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement umgesetzt werden kann.
  - Politik und Verwaltung müssen in der ersten Phase gemeinsam Fragen klären, z.B.: Soll die Bürgerkommune umgesetzt werden? Wenn ja, wie und wo sollen BürgerInnen beteiligt werden? Welche Instrumente kommen in Frage? Welche Spielregeln sollen gelten? Welches Leitbild soll gelten?
  - Impulse: neue Projekte, wie z.B. Bürgerumfrage, Ehrenamtsbörse, Bürgerpreis.



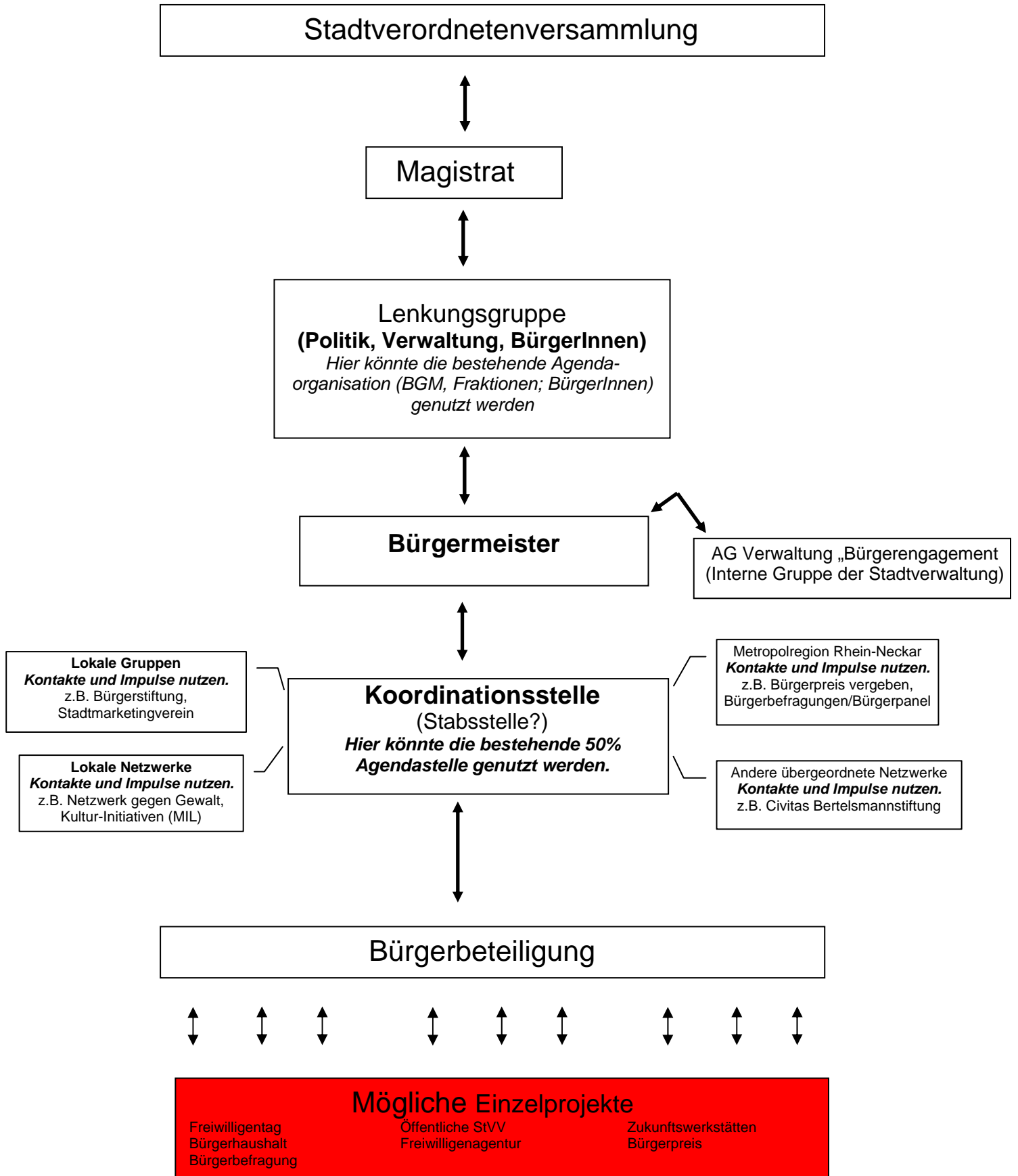
- **Zentrale Anlaufstelle:** Für den sich beteiligenden Bürger ist es erforderlich eine zentrale Anlaufstelle (im Idealfall eine Person) zu benennen, um sich die übliche „Ämterallye“ zu ersparen.
  - Diese Anlaufstelle kann auch als Ansprechperson zu den überregionalen Strukturen, wie z.B. Metropolregion, Bertelsmann-Stiftung Netzwerk Civitas, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST), genutzt werden.
  - Impulse: Für den Agendaprozess ist eine 50% Stelle im Haushalt der Stadt Lampertheim vorgesehen und eingerichtet, die dafür genutzt werden könnte.
  
- **Arbeitsgruppe Verwaltung:** Eine interne Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung soll die vielfältigen Aktivitäten des bürgerorientierten Handelns feststellen, kommunizieren und eventuelle politische Aufträge aus dem Prozess umsetzen.
  - Impulse: jährliche öffentliche StVV-Sitzung (wurde im Rahmen vom Projekt 60-20 bereits erfolgreich umgesetzt), Teilnahme am Freiwilligentag der Metropolregion (erstmalig in 2010, wird im 2 Jahres-Rhythmus durchgeführt), jährliche kommunale Anerkennungsveranstaltung für Ehrenamtliche).

#### 4.2. Wie soll die Bürgerkommune in Lampertheim umgesetzt werden?

Das folgende Schaubild soll in vereinfachter Form die Kommunikation und die Organisationsstruktur darstellen. Das Kräfterdreieck zwischen kommunaler Politik, Verwaltungsstrukturen und der Rolle der BürgerInnen soll dargestellt werden. Es ist beabsichtigt:

- die Bürgerschaft vermehrt an politischen Entscheidungen zu beteiligen
- die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bis hin zur Übernahme öffentlicher Aufgaben in Eigenregie zu stärken
- bürgerschaftliches Engagement durch optimierte kommunale Unterstützungsstrukturen zu fördern.

Bürgerkommune Lampertheim - ein Organisationsvorschlag



### **Informationen und Hinweise zum Schaubild:**

- 1) Die StVV ist das souveräne kommunale Entscheidungsorgan. Sie entscheidet über den grundsätzlichen Weg der Bürgerkommune und stellt die Rahmenbedingungen fest. Alle wesentlichen Entscheidungen müssen von der STVV im Vorfeld getroffen werden.
- 2) Um die Ziele langfristig umsetzen zu können, ist eine Koordinierungsstelle nötig. Sie stellt das Scharnier zwischen den drei beteiligten Gruppen dar. Sie ist eine Art „Bindeglied“ zwischen den Beteiligten. Ihre Aufgabe besteht im Wesentlichen darin, die verschiedenen Ergebnisentwürfe weiterzuleiten und zu vermitteln. Gleichzeitig ist sie für den transparenten Kommunikationsfluss zuständig und verantwortlich.
- 3) Dem direkt gewählten Bürgermeister kommt eine Schlüsselrolle zu. Er muss als Verwaltungsspitze die Umsetzung und die eingesetzten Instrumente genehmigen und mit der Verwaltung geeignete Wege zur Realisierung entwickeln.
- 4) In der Lenkungsgruppe kommen zum ersten Mal die drei Beteiligungsgruppen (Politik, Verwaltung und Bürgergesellschaft) zusammen und tauschen sich über die aktuellen Projekte sowie deren Weiterentwicklung und Realisierbarkeit aus.
- 5) Der Magistrat und die StVV werden regelmäßig eingebunden.

### **4.3 Welche Kosten sind hierfür zu erwarten?**

#### **Personal:** *keine zusätzlichen Anforderungen*

In den Eckpunkten zum Beschluss vom 12.10.2010 ist festgehalten, dass entstehende neue Aufgaben nicht mit neuem Personalaufwand ausgeglichen werden sollen. Von daher fallen keine zusätzlichen Personalkosten an.

Im oberen Teil ist bereits erwähnt, dass die vorhandene 50% Arbeitsstelle, die für den Agendaprozess zuständig ist, die Koordinationsstelle füllen müsste. Diese Entscheidungen müssen aber in der gemeinsamen Abstimmung mit der Verwaltungsspitze diskutiert werden.

**Haushaltsmittel:** ca. 7.000 € pro Jahr (Planung 2012 bis 2014 insgesamt 21.000 €)

Einige Projekte im Sinne einer Bürgerkommune sind schon mit den Haushaltansätzen der einzelnen Fachbereiche erfasst oder umgesetzt worden, andere werden angemeldet, so z.B. der Freiwilligentag oder der Ehrenamtsabend.

Für die finanzielle Planung ist zunächst eine Grundsatzentscheidung zur Bürgerkommune zu treffen, die im besten Falle eine finanzielle Planungskomponente für mind. drei Jahre beinhaltet.

Der o.g. genannte Finanzbedarf stellt daher einen Vorschlag dar, der sich im unteren Bereich bewegt. Dabei gehen die Verfasser davon aus, dass mit den finanziellen Mitteln nur neue und zusätzliche Vorhaben im Sinne einer bürgerorientierten Kommune umgesetzt werden.

In den finanziellen Planungsmitteln sind für die Jahre 2012 – 2014 folgende Projekte zugrunde gelegt:

- eine entsprechende Bürgerbefragung (2012)
- der Aufbau einer lokalen, digitalen Ehrenamtsbörse (bis spätestens 2013)
- die Einführung eines Bürgerpreises (bis spätestens 2014)

## **5. Schlussbemerkung**

Auf dem Weg zur Bürgerkommune kann das Gemeinwesen seine Entwicklungschancen erhöhen, wenn es seine Stärken nutzt und dabei die Menschen vor Ort mit ihren Fähigkeiten und Potenzialen einbezieht. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei auch ein sozialer Entwicklungsfaktor, der die Formen des traditionellen Ehrenamtes und neuen Freiwilligenhilfe verbindet. Beide Formen können voneinander lernen.

Durch die Auflösung von Konkurrenzen können sich neue Impulse für die örtliche Gemeinschaft in unserer Stadt Lampertheim ergeben. Neue Ideen können eingebracht, vorgestellt, entwickelt und umgesetzt werden. Ferner schafft und stärkt das eigenverantwortlich erarbeitete Ergebnis von Bürgern deren Verantwortung zur Erhaltung des Erschaffenen und bindet sie enger an die Stadt, in der sie leben.

Seitens der Stadtverwaltung und der Politik braucht es hierfür die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements sowie die Bereitschaft sinnvolle Projekte zu fördern. Welche Projekte sich entwickeln und wie sie sich gestalten, wird durch die ehrenamtlich Tätigen mit der Politik und der Stadtverwaltung diskutiert.

Diese Konzeptvorlage orientiert sich eng am Beschlussvorschlag der StVV vom 10.12.2010. Die im Stadtparlament vertretenen Fraktionen werden zeitgerecht durch die Agendagruppenvertreter in die Konzepterstellung eingebunden. So werden im gemeinsamen Miteinander der drei beteiligten Gruppen (Politik, Verwaltung, Bürgergesellschaft), die obersten Prinzipien des Handelns einer bürgerorientierten Kommune bereits mit Leben erfüllt. Nach der Erarbeitung einer konsensfähigen Konzeption, ist sie der StVV erneut zur Abstimmung vorzulegen.

Der übergeordnete Geist der weiteren Entwicklung findet sich im folgenden Zitat des Industriellen Henry Ford:

„Zusammenkommen ist ein Beginn,  
Zusammenbleiben ein Fortschritt,  
Zusammenarbeiten ein Erfolg“.

**Suchen wir den gemeinsamen Erfolg!**